

Ein eigenartiges Leck in der Fifa-Affäre

Ein Informant, der einer Zeitung den vertraulichen Vortrag von Fifa-Ermittler Keller zuspilte, erwischte offenbar den falschen Text.

Henry Habegger

Die Vorgänge um die obskuren Geheimtreffen zwischen Ex-Bundesanwalt Michael Lauber und Fifa-Präsident Gianni Infantino im Berner «Schweizerhof» bleiben undurchsichtig.

Zum einen hat die Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts den Sonderermittler Stefan Keller kürzlich für befangen erklärt, weil dieser sich in Medienmitteilungen unpassend über Verfahren gegen Infantino geäussert habe.

Der Befangenheitsverdacht fällt indes auf das Richtertrio zurück, das den Entscheid fällte. Zwei der drei Richter, Stephan Blättler und Cornelia Cova, gehören wie Infantinos Anwalt, David Zollinger, der Zürcher

SVP an. Cova, die beim Urteil laut Insidern als Referentin wirkte, arbeitete früher sogar mit Zollinger zusammen, sie war bei der Zürcher Staatsanwaltschaft seine Stellvertreterin.

Auch inhaltlich kritisierten Experten den Richterspruch. Der ehemalige Bundesrichter Hans Wiprächtiger nannte ihn «unsorgfältig, unsachgemäss, nicht objektiv». Ein früherer SVP-Bundesstrafrichter nennt ihn auf Anfrage «eigenartig».

Jetzt ist die Endlosaffäre um eine Episode reicher: Der «Tagess-Anzeiger» berichtete letzte Woche sehr kritisch über Aussagen, die Sonderstaatsanwalt Keller in der Gerichtskommission des Bundesparlaments gemacht haben soll. Nur: Recher-

chen zeigen, dass die Zeitung auch Aussagen transportierte, die Keller vor der Kommission gar nicht machte. Weder mündlich in seinem Vortrag noch schriftlich im Dokument, das den Kommissionsmitgliedern verteilt wurde.

So sagte Keller nichts davon, dass die Bundesanwaltschaft offensichtlich von der Fifa unterwandert sei. Er sprach auch nicht davon, dass es Hinweise gebe, wonach das Bundesstrafgericht das Verfahren zur Fussball-WM 2006 in Deutschland absichtlich verjähren liess.

Die Vermutung liegt nahe, dass die Zeitung einen frühen Entwurf der Keller-Rede zugespielt erhielt. Der Vorentwurf, wie eine Rekonstruktion nahelegt, nur ans Präsidium und



Ausser Gefecht gesetzt: Fifa-Sonderermittler Stefan Keller

Bild: KEY

ans Sekretariat der Kommission. Keller will sich nicht im Detail äussern. Er bestätigt aber, dass er einige der Anmerkungen in

der Kommission gar nie machte, weder mündlich noch schriftlich. Er werde sich «detailliert und begründet gegenüber den zuständigen Aufsichtsgremien» äussern.

Das alles bedeutet: Irgendwo an exponierter Stelle muss es ein mysteriöses Leck geben.

Es gibt Kreise, die angesichts der internationalen Brisanz der Affäre und der weltweiten Vernetzung der Fifa nicht einmal ausschliessen, dass sich Geheimdienste und Hacker Zugang zu vertraulichen Dokumenten verschaffen.

Zufall oder nicht: Gerade eben traf sich Infantino in Bern mit Parlamentariern (wir berichteten). Als Organisator trat die parlamentarische Freundschaftsgruppe Schweiz-Russ-

land auf. Zugegen war auch der russische Botschafter.

FDP-Ständerat Andrea Caroni, Präsident der Gerichtskommission, will sich nicht zum Leck äussern. Die von der Kommission eingereichte Strafanzeige decke aber auch neue Indiskretionen ab. Der Fall liegt bei der Bundesanwaltschaft.

Keller, abgeschossen vom Bundesstrafgericht, gab sein Ermittlungsmandat inzwischen zurück. Demnächst soll das Bundesparlament einen neuen Ermittler einsetzen. Im Bundeshaus ist zu hören, dass sich nur gerade eine Person für den Posten interessiert. Freuen kann sich Fifa-Chef Infantino. Die Chancen, dass seine Geheimtreffen mit Lauber ungeklärt bleiben, steigen mit jedem Tag.

Ueli Maurers Manöver gegen das CO₂-Gesetz

In der heissen Phase vor der Abstimmung widerspricht der SVP-Finanzminister seiner SP-Bundesratskollegin Simonetta Sommaruga. Was steckt dahinter?

Die Nervosität ist gross in Teilen Bundesberns, gerade auch bei Bundesräten: Am Sonntag stimmt die Schweiz über das CO₂-Gesetz ab. Alle Parteien sind dafür, ausser die SVP. Trotzdem steht die Vorlage auf der Kippe, wenn man den Umfragen glaubt. Mit der Frage, wie hoch die Kosten für den einzelnen Haushalt ausfallen, haben die Gegner den Abstimmungskampf aufgemischt. Befürworter und Gegner nennen ganz andere Zahlen. Dies sorgt für Unsicherheit in der Bevölkerung.

Ausgerechnet da stiftet Finanzminister Ueli Maurer (SVP) zusätzlich Verwirrung – und fährt seiner Kollegin, der zuständigen Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP), massiv in die Parade. Am Montag sagte der Finanzminister im Parlament, dass das Gesetz für 90 neue Stellen in der Bundesverwaltung sorgen werde. «Gegen 90 Stellen mehr» würden «notwendig sein», sagte er wörtlich. Damit widersprach er Sommaruga. Sie hatte bisher beteuert, dass 19,5 Stellen genügen werden. Die Gegner hatten diese Zahlen immer angezweifelt; sie befürchteten, dass der Klimafonds, der neu mit Hunderten von Millionen Franken zusätzlich gefüllt werde, nicht mit knapp 20 Stellen gemanagt werden könne.

Maurers Aussage sorgte deshalb für Aufsehen. SVP-Nationalrat Christian Imark – er führt die Gegenkampagne an – wurde im Ratsaal hellhörig. Er trat ans Rednerpult und fragte bei Maurer nach. Dieser wiederholte: 90 zusätzliche Stellen – «über einen Zeitraum von ungefähr drei oder vier Jahren».

Maurers Partei, die SVP, sah Befürchtungen bestätigt und schlachtete die Aussage ihres Bundesrates aus. In den sozialen Medien hiess es bereits: «Einmal mehr Fake News von Sommaruga.»

Aber sind Ueli Maurers Zahlen korrekt? Das Departement von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga hält strikt fest, dass weniger als 20 Stellen geschaffen werden sollen, davon drei befristet. Die Stellen werden über die neuen CO₂-Abgaben finanziert und nicht über den Bundeshaushalt.

Tatsächlich hat Maurer nicht die korrekte Zahl genannt. Sein Departement hält zwar auf Anfrage fest, dass es ab 2022 90 Stellen zur Umsetzung des CO₂-Gesetzes brauche. Es präzisiert auf Nachfrage jedoch plötzlich: 60 Stellen seien bereits vorhanden. Nach der Abstimmung würden 28 hinzukommen. Im Stab von Sommaruga kann man sich allerdings auch diese Zahl nicht erklären – und beteuert nochmals: maximal 19,5 Stellen.

In Bundesbern sind gewisse Kreise entrüstet über Maurers Aussage. Sie fragen sich, ob es ein abgekartetes Spiel war. Schliesslich sprach Maurer während der Debatte über die Staatsrechnung von sich aus das CO₂-Gesetz an. Und Imark fragte nach, obwohl Finanzen nicht sein Dossier sind. Es sei seine Pflicht, nachzuhaken, wenn er im Saal so etwas höre, erklärt Imark auf Anfrage. Und: «Ich fühle mich bestätigt, dass das Gesetz ein Bürokratiemonster gibt.» Seine Recherchen hätten gezeigt, dass es auch intern in Sommarugas Departement «Krach» um die Stellen gebe. Er könne sich etwa nicht erklären, wie das Bundesamt für Zivilluftfahrt mit nur einer Stelle die ihm neu zugeschriebenen Aufgaben erfüllen könne.

Übrigens: Der Bund hatte Ende 2020 37689 Vollzeitstellen; 662 mehr als im Jahr zuvor. Davon schuf Maurer 103 im Finanzdepartement; Sommarugas UVEK dagegen «nur» 93.

Lucien Fluri



«Als wäre nichts gewesen»: Karin Keller-Sutter mit dem slowenischen Amtskollegen Ales Hojs.

Bild: Enzo Zucchi (Luxemburg, 8. Juni 2021)

Schweiz nimmt Faden mit EU wieder auf

Karin Keller-Sutter trifft EU-Minister in Luxemburg, Guy Parmelin ist zu Besuch in Slowenien.

Wenn es dicke Luft zwischen der Schweiz und der Europäischen Union geben sollte, dann war Justizministerin Karin Keller-Sutter nichts anzumerken. Entspannt und in aufgeräumter Stimmung zeigte sie sich am Dienstag nach dem Treffen mit den EU-Innenministern in Luxemburg gegenüber den anwesenden Journalisten. Das institutionelle Rahmenabkommen mag beerdigt sein, das diplomatische Leben zwischen der Schweiz und der EU geht weiter. Und zwar, «als wäre nichts gewesen», wie Keller-Sutter nach dem Treffen mit den EU-Innenministern in Luxemburg sagte.

Zumindest was den Austausch auf Fachebene angeht: «Wir arbeiten eng zusammen, wir bleiben Verbündete», sagte Keller-Sutter, die sich mit ihren EU-Amtskollegen im ersten physischen Treffen seit Ausbruch der Coronapandemie über das Schengen-Abkommen und die Migrationszusammenarbeit austauschte.

Drängend ist das Problem der Sekundärmigration und dass bereits anerkannte Flüchtlinge aus Griechenland in einem reicheren EU-Staat wie Deutschland einen zweiten Asylantrag stellen. Oder eine mögliche neue Migrationswelle aus dem

Maghreb-Gebiet, die durch die Krise in Mali neue Dringlichkeit erhält. Für das Rahmenabkommen hat sich in ihren bilateralen Gesprächen mit dem österreichischen, dem slowenischen oder dem griechischen Innenminister niemand wirklich interessiert, so Keller-Sutter.

Der Bundesrat macht gute Miene
Gleichzeitig nahm auch Bundespräsident Guy Parmelin den Faden mit der EU wieder auf. Bei einem zweitägigen Staatsbesuch in Slowenien bespricht Parmelin mit dem Ministerpräsidenten Janez Jansa unter anderem die

Prioritäten der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft, welche das Land ab 1. Juli übernimmt. In diesem Rahmen wird Slowenien auch Einfluss darauf haben, wie die EU das Verhältnis zur Schweiz weiter behandeln wird. Ein erster Termin steht aber bereits am 22. Juni an: An ihrem Treffen in Luxemburg sollen sich die Europaminister ein erstes Mal über die gescheiterten Verhandlungen mit der Schweiz austauschen. Da wird das Interesse am Rahmenabkommen sicher wieder deutlich grösser sein.

Remo Hess, Luxemburg